

Nachfrageinflation und ihre Bekämpfung

Dr. Jürgen Faik

- Offenburg, 28.03.2007 -

0. Vorbemerkungen

Mein Vortragsthema lautet „Nachfrageinflation und ihre Bekämpfung“.

Die Gliederung meines Vortrages ist wie folgt: Nach einer kurzen Erörterung des Inflationsbegriffes werde ich auf mögliche Ursachen von Inflation auf der gesamtwirtschaftlichen Angebots- und Nachfrageseite eingehen, ehe ich mich gemäß Themenstellung auf das Phänomen der Nachfrageinflation beschränken werde. Hierbei werden Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung im Mittelpunkt stehen. Eine Schlussbetrachtung rundet den Vortrag ab.

1. Inflationsbegriff

Allgemein bezeichnet Inflation bekanntlich einen wirtschaftlichen Zustand, welcher durch eine Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus gekennzeichnet ist. Die Preissteigerung bei einem *einzelnen* Gut oder bei einigen wenigen Gütern ist keine inflationäre Preissteigerung, wenn sie durch Preissenkungen bei anderen Gütern kompensiert wird. In diesem Fall ändert sich die Inflationsrate nicht; es ändert sich lediglich die Preisstruktur. Inflation ist also eine gesamtwirtschaftliche Erscheinung.

Inflation entsteht, wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage größer als das gesamtwirtschaftliche Güterangebot ist. Diesen Grundzusammenhang werde ich später noch genauer erläutern.

Eine bedeutsame Unterscheidung ist die in langsame, „schleichende“ und in „galoppierende“ Inflation, und zwar je nach Grad der Inflationsrate. „Galoppierende“ Inflation ist durch Inflationsraten in Höhe von mehreren Hundert Prozent pro Zeiteinheit gekennzeichnet. In diesem Fall verschlechtert sich der Geldwert derart rapide, dass in letzter Konsequenz die Volkswirtschaft in sich „zusammenbricht“. Da das Geld seine Funktionen nicht mehr erfüllen kann, kommt es zu Produktionsrückgängen und zu einem Übergang von der Geld- zur Tauschwirtschaft.

Diese Problematik war für Deutschland in den 1920er Jahren (insbesondere im „Hyperinflationjahr“ 1923 mit monatlichen Inflationsraten von über 30.000 %) sowie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg prägend. Die korrespondierenden Erfahrungen begründen vermutlich die in Deutschland weit verbreitete „Anti-Inflations-Einstellung“.

Ein häufig genutzter Indikator zur Inflationsmessung ist der Verbraucherpreisindex, dessen Warenkorb gemäß der Laspeyres-Methodik mengenmäßig über die betrachtete Zeit hinweg konstant gehalten wird:

$$P_t^{(L)} = \frac{\sum_{i=1}^N p_{it} \cdot q_{i0}}{\sum_{i=1}^N p_{i0} \cdot q_{i0}} \cdot 100$$

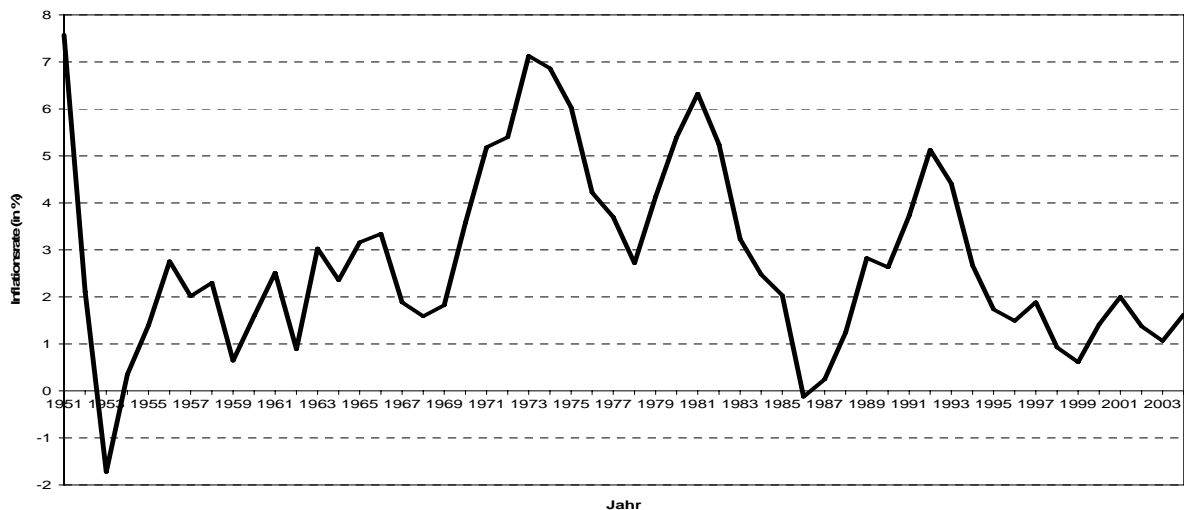
[mit: $P^{(L)}$ = Preisindex nach Laspeyres, p = Preis des i -ten Gutes, q = Menge des i -ten Gutes, i = Güternummer ($i = 1, 2, \dots, N$), 0 = Basisperiode, t = Berichtsperiode].

Die Differenz aus dem Preisindex der Berichtsperiode (t) und dem Preisindex der Vergleichsperiode (z. B. t-1) im Verhältnis zum Preisindex der Vergleichsperiode gibt die Inflationsrate IR an:

$$IR_{(t-1) \rightarrow t} = \frac{P_t - P_{t-1}}{P_{t-1}} \cdot 100.$$

Schaubild 1:

Inflationsraten in (West-)Deutschland
1951-2004 (Verbraucherpreisindex):



Quelle: Faik 2006, S. 304

Für die Inflations-Entwicklung in West- bzw. (ab 1991) in Gesamtdeutschland wird an Hand des Verbraucherpreisindex insbesondere deutlich, dass die frühen 1970er ebenso wie die frühen 1980er Jahre – als Folge der seinerzeitigen Ölpreisschocks – durch hohe Inflationsraten (zwischen ca. 5 und ca. 7 %) geprägt waren. Bis zur deutschen Vereinigung gingen die Inflationsraten – nicht zuletzt als Folge einer stärkeren Stabilitätsorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik – markant zurück, ehe sie – bedingt durch den „Vereinigungs-Boom“ – zwischen 1991 und

1993 mit Werten zwischen 3,6 und 3,9 % kurzzeitig wieder relativ hoch waren. Seither sind die bundesdeutschen Inflationsraten allerdings wieder vergleichsweise niedrig und liegen bei etwa 1-2 %. Letztlich ist auch dies der Ausfluss der mit dem Prozess zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gekoppelten Stabilitätsorientierung staatlicher Wirtschaftspolitik.

Da in einer modernen Geldwirtschaft die Massen-Psychologie eine bedeutende Rolle spielt, schwingen in Marktwirtschaften Inflationsängste und hieraus resultierende Ängste vor einer Zerrüttung der Grundlagen einer Geldwirtschaft stets mit. Daher verwundert es nicht, dass in Marktwirtschaften der Stabilitätspolitik in Form der Sicherung von Geldniveaustabilität eine hohe Priorität zugewiesen wird, wobei die Autonomie der Zentralbank ein wesentliches Element einer derartigen Politik ist.

Gemäß Phillipskurven-Zusammenhang wird Preisniveaustabilität allerdings möglicherweise mit hoher Arbeitslosigkeit erkaufte. Auch sind in einer kritischen Betrachtung Verteilungseffekte der Inflationsbekämpfung zu bedenken, wie sie sich in einer relativen Schlechterstellung von Gläubigern äußern. Genauere Aussagen zur Inflationsbekämpfung folgen später noch.

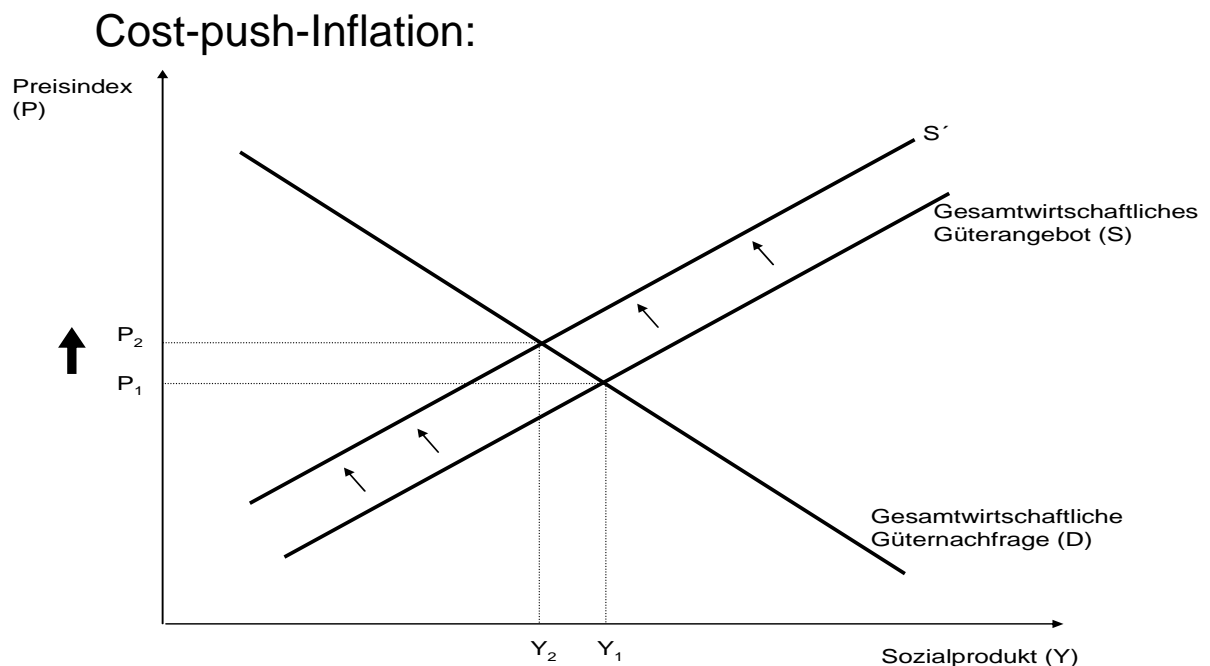
2. Inflationsursachen

Inflation kann (in realwirtschaftlicher Sicht) primär zwei Ursachen haben: Kostendruck auf der gesamtwirtschaftlichen Angebotsseite (so genannte *Cost-push-Inflation*) oder eine „überschießende“ gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Sachgütern und Dienstleistungen (so genannte *Demand-pull-Inflation*). Eine andere Form der Angebotsinflation resultiert aus einer großen Konzentration von Unternehmermacht in einer Volks-

wirtschaft. Herrschen überwiegend oligopolistische oder gar monopolistische Strukturen vor, ist es zumindest denkbar, dass die betreffenden Unternehmer ihre Machtposition zu Preissteigerungen ausnutzen – mit der Folge erhöhter Inflationsraten.

Bei der Cost-push-Inflation sind Kostensteigerungen bei der Güterproduktion ceteris paribus für Gewinneinbußen auf Unternehmensseite verantwortlich. Um das angestrebte Gewinnniveau dennoch erreichen zu können, verbleibt den Unternehmern im Wesentlichen nur als Strategie, die Güterpreise zu erhöhen, um solcherart ihren Umsatz zu steigern. Erfolgen derartige Preiserhöhungen in weitreichender Weise in einer Volkswirtschaft, ergibt sich Inflation, wie dies etwa im Zusammenhang mit den Ölpreisschocks der 1970er und 1980er Jahre der Fall war.

Schaubild 2:

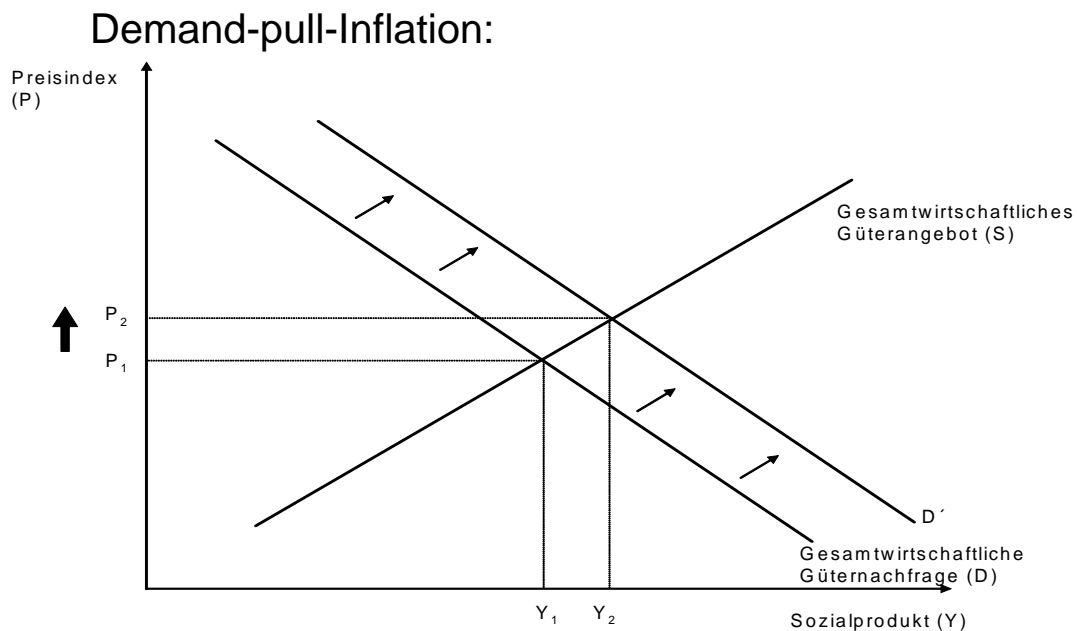


Quelle: Faik 2006, S. 305

In Anlehnung an die mikroökonomische Methodik sind im obigen Schaubild 2 in einem Preis-Mengen-Schema Angebots- und Nachfragekurven enthalten. Man beachte aber unbedingt, dass auf den Achsen keine einzel-, sondern gesamtwirtschaftliche Größen abgetragen sind. Die Ab-

szisse spiegelt gesamtwirtschaftliche Einkommensgrößen (hier im Sinne des Sozialprodukts) wider – sozusagen als Abbild von Güterbündeln; auf der Ordinate ist das gesamtwirtschaftliche Preisniveau abgetragen. Außerdem sind die Angebots- und Nachfragekurven im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zu sehen. Die angenommenen Kostensteigerungen führen zu einer Linksverschiebung der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve, was mit einer Erhöhung des Preisniveaus von P_1 auf P_2 und damit auch mit einer Erhöhung der Inflationsrate $[:= (P_2 - P_1) / P_1]$ verbunden ist.

Schaubild 3:



Quelle: Faik 2006, S. 306

Bei der in diesem Vortrag im Mittelpunkt stehenden Demand-pull-Inflation „schießt“ die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (deutlich) über das gesamtwirtschaftliche Angebot „hinaus“. Dieser Nachfrageüberschuss kann vielfach kurzfristig nur teilweise durch neue Güterproduktion oder durch Lagerabbau beseitigt werden. Gemäß den grundlegenden Mechanismen in einer Marktwirtschaft, welche weitgehend frei von staat-

lichen Preiskontrollen ist, resultieren daraus Preiserhöhungen, mithin Inflation.

Die Nachfrageerhöhungen äußern sich in einer Rechtsverschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve. Dadurch steigen das Preisniveau von P_1 auf P_2 und auch die Inflationsrate $(P_2 - P_1) / P_1$.

Die vorstehend skizzierten Inflationsursachen müssen nicht notwendigerweise binnenwirtschaftlicher Natur sein. Inflationseffekte können auch vom Ausland auf das Inland ausgehen (importierte Inflation). Beispielsweise kann sich durch eine verstärkte Auslandsnachfrage ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragesog bzw. ein Nachfrageüberhang im Inland ergeben. Dies hätte Demand-pull-Inflation zur Folge.

3. Das Phänomen der Nachfrageinflation

Demand-pull-Inflation ist üblicherweise eng mit dem Konjunkturzyklus gekoppelt, und zwar tritt sie in der Regel – allerdings mit gewisser zeitlicher Verzögerung – im Zusammenhang mit der Phase der Hochkonjunktur auf, wenn die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage das Produktionspotenzial (markant) übersteigt. Man spricht daher vielfach im Zusammenhang mit Nachfrageinflation auch von „konjunktureller Inflation“.

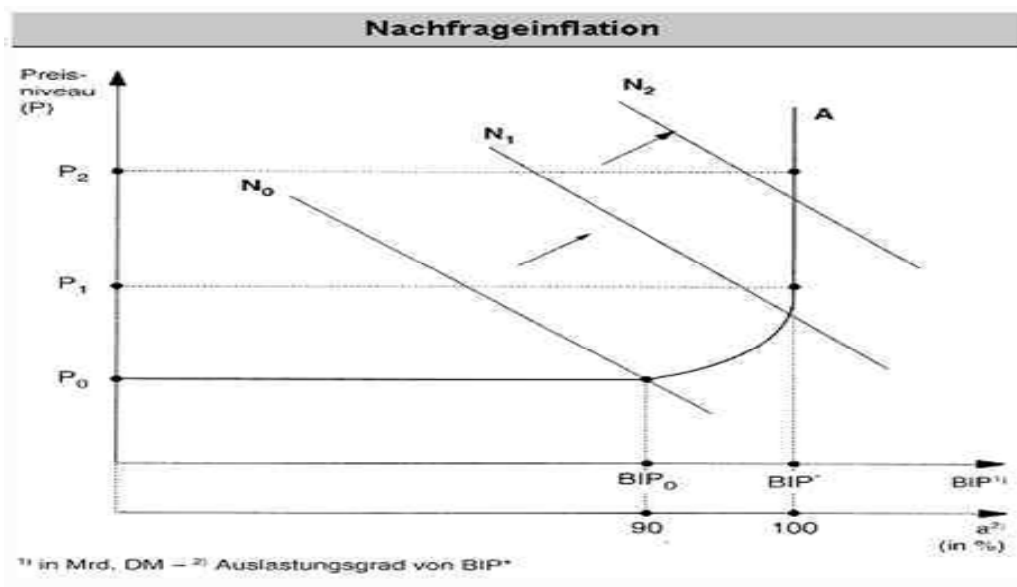
Die Ursachen für den korrespondierenden Preisniveauanstieg können in jeder gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponente begründet liegen, d. h. in

- der Konsumnachfrage der privaten Haushalte,
- den (Brutto-)Investitionsausgaben der privaten Unternehmen,
- den Staatsausgaben für Waren und Dienstleistungen und
- der mit den Importen saldierten Exportnachfrage.

In der Praxis kann eine Nachfrageinflation allerdings durch andere Einflüsse überlagert bzw. kompensiert werden, z. B. durch Cost-push-Inflation bzw. durch Cost-push-Disinflation. In Deutschland lag z. B. 1986 eine Nachfrageinflation vor, die jedoch durch importierte Kostenentlastungen auf der Angebotsseite überkompensiert wurde, so dass sich insgesamt eine Disinflation in Höhe von -0,2 % ergab.

Typischerweise steigt die Inflationsart der Nachfrageinflation wertemäßig umso mehr an, je näher sie sich dem Produktionspotenzial annähert bzw. je eher sie dieses erreicht hat.

Schaubild 4:



Quelle: <http://www.juergen-paetzold.de/stabpol/BG+Infl/Inflation.html#Bekämpfung%20der%20Nachfrageinflation>

Die verbreitetsten Demand-pull-Inflationsarten sind die Staatsnachfrageinflation und die importierte Nachfrageinflation.

Eine Staatsnachfrageinflation hat ihre Basis in vergleichsweise umfassenden Ausgaben des Staates und fußt im Regelfall auf einer vom Staat abhängigen Geldpolitik. Die Finanzierung der Staatsausgaben kann in monetärer Perspektive gemäß der Quantitätsgleichung

$$GM \cdot v = Y_R \cdot P$$

auf ein erhöhtes Geldangebot GM oder auf eine erhöhte Geldumlaufgeschwindigkeit v zurückgeführt werden [GM = Geldmenge, v = Geldumlaufgeschwindigkeit, Y_R = reales Sozialprodukt, P = Preisniveau].

Erhöht sich z. B. die Geldmenge GM bei Konstanz der Geldumlaufgeschwindigkeit v und des realen Sozialprodukts Y_R (bzw. bei Konstanz des Produktionspotenzials), führt dies zu einer Erhöhung des Preisniveaus P und damit zu Inflation. Dies heißt, dass sich der Staat in seiner Eigenschaft als Schuldner sozusagen „billig“ entschuldet.

Im Unterschied zur Staatsnachfrageinflation ist die importierte Nachfrageinflation für Deutschland empirisch bislang häufiger belegt worden.

Ihr grundsätzlicher Ausgangspunkt liegt darin, dass das Ausland in geringerem Maße als das Inland stabilitätspolitisch orientiert ist; dies äußert sich in höheren Inflationsraten des Auslandes. Die Preise des Inlandes sind daher im Durchschnitt niedriger als im Ausland, was zu einem (beschäftigungspolitisch positiven) Exportüberschuss des Inlandes führt. Ist jedoch die Auslandsnachfrage derart hoch, dass die Produktionsmöglichkeiten des Inlandes an ihre Grenzen geraten, steigen auch im Inland die Preise. In der Exportwirtschaft werden sich in der Folge üblicherweise auch noch die dortigen Löhne erhöhen, was eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen und die Inflationsrate im Inland nochmals erhöhen kann. Sind feste Wechselkurse zwischen den Handel treibenden Ländern vereinbart, muss die heimische Zentralbank „Stützungskäufe“ dergestalt vornehmen, dass sie die „überschüssig“ verdienten Devisen vom Markt nimmt. Hierdurch steigt die einheimische Geldmenge, was sich – gemäß Quantitätsgleichung – ceteris paribus in nochmals steigenden inländischen Preisen und damit in steigender Inflation äußert. In flexiblen Wechselkurssystemen tritt dieser Mechanismus allerdings nicht ein, da hier der inländische Exportüberschuss zu einer Aufwertung der heimischen Währung (und einer Abwertung der ausländischen Währung)

führt, was die ausländische Exportnachfrage vermindert (bzw. die inländische Importnachfrage erhöht).

4. Maßnahmen zur Bekämpfung von Nachfrageinflation

Dieser letztgenannte Aspekt weist darauf hin, dass hinreichend anpassungsfähige Wechselkurse eine zentrale außenwirtschaftliche Voraussetzung für die Verhinderung importierter Inflation darstellen. Bei einem festen Wechselkurssystem käme als außenwirtschaftliche Maßnahme zur Abwehr importierter Nachfrageinflation eine Aufwertung der einheimischen Währung in Frage. Hierdurch würden – ebenso wie bei einem Abbau von Importhemmnissen – die Exporte ins Ausland erschwert bzw. die Exportüberschüsse abgebaut werden.

In einem Währungsverbund wie der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Einheitswährung stehen allerdings für den diesbezüglichen Intra-Handel weder ein flexibles Wechselkurssystem noch die Möglichkeit der Aufwertung gegenüber den anderen Euro-Ländern zur Verfügung. Gegenüber Nicht-Euro-Ländern – wie z. B. den USA – kann jedoch über die Wechselkurse durchaus entsprechenden Inflationsursachen vorgebeugt werden.

Bezogen auf den Intra-Handel im Euro-Währungsraum, sind – wie angesprochen – andere Maßnahmen zu ergreifen. Ganz allgemein geht es darum, entweder die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu vermindern oder das gesamtwirtschaftliche Angebot zu erhöhen. In der Logik der Schaubilder 2 und 3 sind entweder die gesamtwirtschaftliche Nachfragekurve nach links oder die gesamtwirtschaftliche Angebotskurve nach rechts zu verschieben. Durch beide Verschiebungen kann das Preisniveau und damit die Inflationsrate gesenkt werden.

Die Rechtsverschiebung der Angebotskurve setzt üblicherweise voraus, dass die Inflationserhöhung erfolgt ist, ehe die betreffenden Kapazitätsgrenzen erreicht wurden. So kann durch eine Mehrproduktion – oder alternativ durch Lagerabbau – der Nachfrageüberhang kompensiert werden, was sich preisdämpfend auswirkt.

Eine Linksverschiebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekurve erreicht man etwa unmittelbar durch eine Drosselung der Staatsausgaben. Auch kann mittelbar durch eine Erhöhung der Steuersätze z. B. die Investitionsnachfrage vermindert werden. In der bundesdeutschen Hochkonjunktur der 1970er Jahre etwa wurden entsprechende „Konjunkturzuschläge“ zur Einkommen- und Körperschaftsteuer erhoben; zusätzlich wurden damals die Abschreibungsmöglichkeiten verschlechtert.

Die beiden eben genannten Maßnahmen sind Beispiele für eine kontraktive Fiskalpolitik. Deren Erfolgsaussichten sind allerdings eher beschränkt, insbesondere weil in einer Demokratie die auf ihre Wiederwahl bedachten Politiker ungern zu solch unpopulären Maßnahmen greifen.

Auf Basis der Quantitätsgleichung kann alternativ an eine kontraktive Geldpolitik gedacht werden. Über Liquiditätsverknappungen bzw. Zinserhöhungen kann die Zentralbank das gesamtwirtschaftliche Geldangebot verringern und somit eine Quelle zur Inflationserhöhung „austrocknen“ (so genannte „Politik des knappen und teuren Geldes“). Allerdings sind auch einer solchen Politik in der Praxis Grenzen gesetzt. Die Liquiditätsverknappungen der Zentralbank können gegebenenfalls bis zu einem gewissen Grad durch Liquiditätsausweitungen der Geschäftsbanken via Kreditvergabe umgangen werden. Außerdem wirken sich Zinserhöhungen erfahrungsgemäß zumindest nicht auf die kreditfinanzierten Staatsausgaben – in gewissem Unterschied zur Konsumnachfrage – aus. Hinzu kommt, dass Zinserhöhungen wachstumsstimulierende Investitionen negativ beeinflussen und somit auch Arbeitslosigkeit hervor-

rufen können. Insofern sind die von der EU-Zentralbank in den vergangenen Jahren vorgenommenen schrittweisen Anhebungen der Leitzinsen aus beschäftigungspolitischer Perspektive heraus durchaus kritisch zu beurteilen. Beispielsweise hat sich der Chef-Volkswirt der OECD Corti sehr kritisch in dieser Hinsicht geäußert und für den Euro-Raum keine weiteren Zinsanhebungen empfohlen.

Insgesamt wird daher als Alternative zu den vorstehend skizzierten diskretionären Maßnahmen eine stetige, stabilitätsgerechte Ausrichtung der Geld- und Finanzpolitik gefordert. Durch sie soll (Nachfrage-)Inflation spätestens in ihrer Entstehungsphase bekämpft werden. Dies ist zumindest die herrschende Meinung in der Ökonomenzunft, wie sie besonders prononciert von der Deutschen Bundesbank oder dem Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgetragen wird. Kernstück einer solchen Stabilitätspolitik ist neben der Regelbindung an Geldmengenziele, die Berechenbarkeit und Transparenz erzeugen soll, die Forderung, die Lohnentwicklung nicht an den Produktivitätsfortschritt, sondern an einen geringeren Wert „anzubinden“, welcher die gegebene Arbeitslosigkeit berücksichtigt.

5. Schlussbetrachtung

Lassen Sie mich nunmehr bitte zu meiner Schlussbetrachtung kommen!

Grundsätzlich resultiert Nachfrageinflation aus einem „Überschießen“ der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage über das gesamtwirtschaftliche Angebot hinaus. Es kommen alle gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten als Inflationsursachen in Betracht. In der Realität sind die Staatsnachfrage- und die importierte Nachfrageinflation am verbreitetsten. Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sind vor allem außenwirtschaftlicher,

fiskal- oder geldpolitischer Natur.

Vielfach wird als eine Art „Königsweg“ eine stetige und stabilitätsgerechte Ausgestaltung der Geld- und Finanzpolitik im vorhin skizzierten Sinne angesehen. Es würde mich interessieren, ob auch Sie dieser Auffassung zuneigen, vor dem Hintergrund der vorhin angedeuteten verteilungsbezogenen Konsequenzen von Inflation bzw. ihrer Bekämpfung, die in vielfältiger Weise in verschiedene Richtungen wirken. Man könnte schließlich auch argumentieren, dass etwa die in Deutschland praktizierte (Real-)Lohnzurückhaltung für die binnenkonjunkturelle Schwäche Deutschlands in den vergangenen Jahren und die damit gekoppelten Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht unmaßgeblich verantwortlich gewesen ist.

Vewendete Literatur:

- Faik, Jürgen: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre für ökonomisch Interessierte, Berlin 2006
- Faik, Jürgen: Elementare Wirtschaftsstatistik, Berlin 2007
- <http://www.juergen-paetzold.de/stabpol/BG+Infl/Inflation.html#Bekämpfung%20der%20Nachfrageinflation>